**Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2012
- Beratung/Beschlussfassung über die Nachtragssatzung mit
Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2012-**

Vorlage zur Sitzung des **Gemeinderates** am **24.10.2012**

TOP 6 öffentlich

Vorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2012 entsprechend dem dieser Vorlage als „Anlage 1“ beigefügten Satzungsentwurf.

Sachverhalt, Begründung, Finanzierung und Folgekosten:

Die Verwaltung hat auf der Grundlage von Beschlüssen der politischen Gremien sowie notwendiger Korrekturen, bspw. die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung, eine Nachtragssatzung mit Nachtragshaushalt erarbeitet.

Die Ursachen für die Veränderungen der ursprünglichen Planansätze sind dem Vorbericht und den Erläuterungen zu den einzelnen Finanzpositionen zu entnehmen.

Die weitere Erholung der Konjunktur hat die Finanzsituation verbessert, wodurch höhere Erträge insbesondere im Bereich der Finanzbeziehungen zum Land B.-W. (u. a. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) erzielt werden. Durch die Korrekturen in der Nachtragsplanung ist eine Verbesserung der allg. Finanzsituation eingetreten, so dass die **Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt** um **2,714 Mio. €** auf **4,107 Mio. €** erhöht werden kann. Die in der Urplanung vorgesehenen **Kreditneuaufnahmen** in Höhe von 5,800 Mio. € können um **1,300 Mio. €** auf **4,500 Mio. €** reduziert werden. Darüber hinaus trugen auch die eingeleiteten und teilweise schon abgeschlossenen **Konsolidierungsmaßnahmen** zu dieser Erhöhung bei.

Trotzdem gilt es, den strikten **Haushaltskonsolidierungskurs** auch in den **Folgejahren konsequent fortzusetzen**, um dauerhaft den Vorgaben der **Schuldenbremse** des Grundgesetzes und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes entsprechen zu können und nicht zuletzt auch deshalb, um die Finanzierung unserer vielfältigen Aufgaben sicherzustellen. Dies spiegelt sich auch in der wiederum nur **unter Auflagen erteilten Haushaltsgenehmigung** durch das Regierungspräsidium Karlsruhe wider. Die Stadt Sinsheim ist weiterhin aufgefordert, zur Erhaltung ihrer **dauerhaften Leistungsfähigkeit** eine **deutliche Reduzierung der Verschuldung** anzustreben, so dass die **Generationengerechtigkeit** gewährleistet werden kann.

Dieser Entwurf wurde den Mitgliedern des Gemeinderates im Rahmen der Klausurtagung übergeben und wurde nach § 82 GemO in der Sitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für Technik und Umwelt am 09.10.2012 öffentlich vorberaten.

Die Mitglieder des Hauptausschusses und Ausschusses für Technik und Umwelt empfehlen dem Gemeinderat einstimmig den vorgelegten Entwurf der Nachtragsatzung mit Nachtragshaushalt zu beschließen.

Gabel
Abteilungsleiterin

Landwehr
Stadtkämmerer

Albrecht
Oberbürgermeister